

Interfraktionelle Motion Fraktionen GB/JAI; SP; GLP; GFL/EVP; BDP/CVP (Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JAI/Lena Sorg, SP/Patrick Zillig, GLP/Patrik Wyss, GFL/ Kurt Hirsbrunner, BDP/Luzius Theiler, GPB-DA/Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA): Beitritt Berns zur Übereinkunft «Rainbow Cities Network»; Abschreibung

Am 10. November 2016 hat der Stadtrat mit SRB 2016-542 folgende Motion erheblich erklärt:

Das „Rainbow Cities Network“ ist ein Zusammenschluss europäischer Städte mit dem Ziel, auf lokaler Ebene die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität zu bekämpfen. Dazu gehört, die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersex- und Trans-Menschen sichtbar zu machen und in der lokalen Politik zu berücksichtigen, gleichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten und sich allgemein in der Bevölkerung für ein Klima des Respekts einzusetzen. Dem Netzwerk gehören bis heute 19 Städte aus ganz Europa an, darunter auch Genf und Zürich.

Mit einem Beitritt zum Netzwerk setzt die Stadt Bern nicht nur ein Zeichen, dass sie ihre Arbeit gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Trans-Menschen (englisch LGBTI) weiter verstärkt, sondern sie beteiligt sich auch aktiv daran, die Anliegen der LGBTI-Bevölkerung systematisch in ihre kommunale Politik zu integrieren sowie alljährlich im Netzwerk über ihre Aktivitäten Bericht zu erstatten. Zudem können in einem internationalen Zusammenschluss die beteiligten Städte bezüglich Projekte und Erfahrungen voneinander lernen. Wir bitten den Gemeinderat deshalb, die Übereinkunft „Rainbow Cities Network“ zu unterzeichnen.

Begründung der Dringlichkeit

In Genf wird im November dieses Jahres das nächste Jahrestreffen stattfinden, die Stadt Zürich ist Gastgeberin des Vorbereitungstreffens im September 2015. Die Stadt Bern sollte die einmalige Möglichkeit nutzen, sich früh in die Planung des internationalen Treffens in der Schweiz zu beteiligen. Der formelle Aufwand für einen Beitritt ist minim und das Netzwerk und die sich daraus ergebenden Synergien fördern die Umsetzung des interfraktionellen Postulates „Für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen Menschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern!“ (2014.SR.000140), das der Gemeinderat im Oktober 2014 zur Überweisung empfahl.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 21. Mai 2015

Erstunterzeichnende: Leena Schmitter, Seraina Patzen, Lena Sorg, Patrick Zillig, Patrik Wyss, Kurt Hirsbrunner, Christa Ammann, Luzius Theiler, Daniel Egloff

Mitunterzeichnende: Tania Espinoza Haller, Stéphanie Penher, Katharina Gallizzi, Regula Tschanz, Regula Bühlmann, Peter Erni, Dannie Jost, Lionel Gaudy, Philip Kohli, Martin Schneider, Claudio Fischer, Franziska Grossenbacher, Michael Sutter, Ingrid Kissling-Näf, Benno Frauchiger, David Stampfli, Lukas Meier, Stefan Jordi, Peter Marbet, Annette Lehmann, Rithy Chheng, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Marieke Kruit, Halua Pinto de Magalhães, Katharina Altas, Nadja Kehr-li-Feldmann, Yasemin Cevik, Marco Pfister, Thomas Göttin, Manuel C. Widmer, Daniela Lutz-Beck, Lukas Gutzwiller, Matthias Stürmer, Daniel Klauser, Hans Kupferschmid, Michael Daphinoff, Isabelle Heer, Peter Ammann, Martin Mäder, Claude Grosjean

Bericht des Gemeinderats

In der Übereinkunft («Memorandum of understanding»), welche mit dem Beitritt einer Stadt zum Rainbow Cities Network (RCN) unterzeichnet wird, verpflichtet sich eine Regenbogenstadt dazu, eine aktive LGBTIQ-Politik zu betreiben und die LGBTIQ-Themen in ihre allgemeine kommunale Politik einzugliedern. Weiter muss eine verantwortliche Vertreterin bzw. ein verantwortlicher Vertreter der kommunalen Verwaltung benannt werden, die bzw. der aktiv im Netzwerk mitwirkt und an den Jahresversammlungen teilnimmt sowie sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks beteiligt. Zudem erstattet jede Stadt dem Netzwerk alljährlich Bericht über die Aktivitäten bezüglich der LGBTIQ-Politik.

Unter anderem damit die neuen Verpflichtungen, die mit einem Beitritt zum Netzwerk der «Rainbow Cities» verbunden sind, wahrgenommen werden können, wurde eine zusätzliche Projektleitungsstelle bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Präsidialdirektion mit Schwerpunkt LGBTIQ geschaffen.

- *Gespräche mit lokalen und nationalen zivilgesellschaftlichen LGBTQ-Organisationen*
 Im Zusammenhang mit der Beantwortung des Interfraktionellen Postulats GB/JA!, SP, GLP «Für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von homo-, bi-, trans- und intersexuellen Menschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Bern!» (2014.SR.000140) wurden Gespräche mit lokalen und nationalen zivilgesellschaftlichen LGBTQ-Organisationen geführt. Die Organisationen wurden zu ihren Erwartungen und Wünschen befragt, die sie hätten, falls der Gleichstellungsauftrag der Stadt Bern auf die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen erweitert würde und es wurde eruiert, welches aus Sicht der befragten Organisationen Bereiche sind, in welchen besonderer Handlungsbedarf besteht. Die konkreten Ergebnisse aus diesen Gesprächen können im Prüfungsbericht des Gemeinderats zum entsprechenden Postulat nachgelesen werden. Alles in allem wurde deutlich, dass in verschiedenen Bereichen Handlungsbedarf besteht.
- *Rechtliche und psychosozialen Situation von LGBTIQ-Personen in der Schweiz*
 Die wissenschaftliche Literatur verdeutlicht ebenfalls, dass Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen bei LGBTIQ-Personen zu psychosozialen und gesundheitlichen Problemen führen können.
 (vgl. z.B. Sexuelle Gesundheit SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz (Hrsg.) / Alecs Recher (Autor): Sexuelle und reproduktive Gesundheit und diesbezügliche Rechte – eine Bestandesaufnahme zum Recht der UNO, des Europarates und der Schweiz. Bern 2017. URL: https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2018/01/Sexuelle-und-reproduktive-Gesundheit-und-Rechte_1.pdf [Stand des Abrufs: 15.08.2018].
 Transgender Network Switzerland TGNS (Hrsg.): Ergebnisse aus zwei Studien (2014, 2018) zur Arbeitssituation von trans Menschen in der Schweiz (URL: <https://www.transwelcome.ch/de/informationen/arbeits-situation-von-trans-menschen> [Stand des Abrufs: 23.08.2018]. Gesundheitsförderung Schweiz (2017). Faktenblatt 19: Geschlechtliche und sexuelle Minderheiten in Gesundheitsförderung und Prävention, Zielgruppe Kinder und Jugendliche. URL: https://gesundheitsfoerderung.ch/assets/public/documents/de/5-grundlagen/publikationen/diverse-themen/faktenblaetter/Faktenblatt_019_GFCH_2017-02_-_Geschlechtliche_und_sexuelle_Minderheiten.pdf [Stand des Abrufs: 23.08.2018].

Neben der vulnerablen Gruppe junger LGBTIQ-Menschen sind insbesondere trans- und intergeschlechtliche Menschen in verschiedenen Bereichen auch von struktureller und institutioneller Gewalt und Benachteiligung betroffen.
- *Wirksamkeit von Strategien und Best Practice*
 Zusätzlich zu den Gesprächen mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen fand im Mai 2016 auf Einladung der niederländischen Botschaft ein Treffen mit der niederländischen Fachorga-

nisation Movisie statt. Movisie berät und unterstützt Gemeinden bezüglich LGBTIQ-Politik und hat auch das Netzwerk der Rainbow Cities fachlich unterstützt mit dem Ziel, die Akzeptanz von LGBTIQ-Menschen zu erhöhen, vor Diskriminierungen zu schützen und Vielfalt positiv zu würdigen. Den Gemeinden kommt dabei die Rolle zu, die Bedürfnisse von LGBTIQ-Menschen in allen Politikfeldern zu berücksichtigen und eine Vorbildfunktion einzunehmen. Weiter sollen sie die Community stärken, Initiativen aus deren Kreisen ermöglichen und als Kooperationspartnerinnen auftreten. Eine wichtige Funktion liegt auch in der Überprüfung/Evaluation der Effektivität der gewählten Strategien und Massnahmen. Kurz – es gilt auch hier, analog zur bisherigen Gleichstellungsförderung von Frauen und Männern, die tatsächliche Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen als Querschnittsaufgabe in allen städtischen Politikfeldern zu verankern.

- *Massnahmen zur Förderung der Vielfalt der Bevölkerung in der Stadt Bern*

Die Förderung der Vielfalt der Bevölkerung – auch hinsichtlich Geschlechtervielfalt und unterschiedlicher sexueller Orientierungen – wurde vom Gemeinderat in den Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 explizit festgehalten (vgl. Legislaturziel 1).

Im neuen Aktionsplan zur Gleichstellung 2019 – 2022, welcher unter der Federführung der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann erarbeitet wird, wird die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen integrativ erfolgen. Es sind sowohl Massnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern als auch Massnahmen zur Gleichstellung von LGBTIQ-Personen vorgesehen. Die Festlegung der inhaltlichen Schwerpunkte erfolgt einerseits unter Berücksichtigung des aktuellen Wissensstands über die rechtliche und soziale Situation und die Alltagsprobleme von LGBTIQ-Menschen sowie vor dem Hintergrund der allgemeinen Grundsätze der Gewaltprävention und der unterschiedlichen Methoden der Intervention zur Reduktion von Vorurteilen, Gewalt und Diskriminierung gegenüber Minderheitsgruppen. Andererseits werden mögliche Schwerpunkte und Handlungsfelder in einem partizipativen Prozess unter Einbezug von Personen aus der Zivilgesellschaft und Personen mit Expertise zu LGBTIQ-Themen kritisch diskutiert. Die Festlegung konkreter Massnahmen wird im März 2019 abgeschlossen sein.

Die Ausführungen verdeutlichen: Die Stadt Bern engagiert sich aktiv im LGBTIQ-Bereich und hat die notwendigen Vorarbeiten für den Beitritt geleistet. Die Stadt steht seit 2017 in Kontakt mit den Verantwortlichen des Netzwerks und hat im Juni 2018 um Aufnahme im «Rainbow Cities Network» ersucht. Das Netzwerk wird zurzeit neu organisiert und in einen Verein überführt. Laut Auskunft der Verantwortlichen werden im November 2018 im Rahmen der Jahresversammlung voraussichtlich die neuen Statuten verabschiedet. Der offizielle Beitritt der neuen Mitglieder kann danach erfolgen. Damit wird die Forderung des Vorstosses erfüllt und er kann deshalb aus der Sicht des Gemeinderats abgeschlossen werden.

Die Mitgliedschaft im «Rainbow Cities Network» wird in der neuen Vereinsstruktur mit Kosten von ungefähr Fr. 2 500.00 verbunden sein. Die Höhe des Mitgliederbeitrags ist noch nicht definitiv klar, kann jedoch im Rahmen des Globalbudgets der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Präsidialdirektion aufgefangen werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.

Bern, 17. Oktober 2018

Der Gemeinderat